Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 63 (1983)

Heft: 5

Artikel: Der zweite Brandt-Report : hartnäckige Tabuisierung der Grundprobleme

Autor: Matzke, Otto

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-164025

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Otto Matzke

Der zweite Brandt-Report

Hartnäckige Tabuisierung der Grundprobleme

«Seit der Veröffentlichung unseres Berichts ‚Das Überleben sichern' [1] *wurden einige unserer schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Die Zukunftsaussichten für die Welt haben sich rasch verschlechtert: das gilt nicht nur für die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, sondern auch für die Weltwirtschaft insgesamt.»* Mit diesen Sätzen leitet der Vorsitzende der (formal nicht mehr bestehenden) *«Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen»* [2], Nobelpreisträger Willy Brandt, den im Februar 1983 veröffentlichten zweiten Bericht seiner Kommission ein: *«Hilfe in der Weltkrise.»* [3] Dieser Bericht will das *«Sofortprogramm»* von 1980 auf den *«neuesten Stand bringen und in einer neuen Form»* vorlegen. Brandt geht davon aus, dass *«die internationale Gemeinschaft mit der Lösung der schwierigsten Fragen nur wenig vorangekommen»* ist. Nach seiner Auffassung fehlt *«ein klares und weithin akzeptiertes Verständnis der gegenwärtigen Lage und ihrer Gefahren, und es fehlt der politische Wille, der erforderlich ist, um die wirklich schwierigen Aufgaben zu meistern»*. Das Ziel ist die Schaffung einer Welt, *«in der möglichst alle teilhaben an der allgemeinen Wohlfahrt und in der mehr Gerechtigkeit, Freiheit und Friede herrschen»*.

Seit Frühjahr 1980 fanden fünf Treffen der Kommission statt (Den Haag, Berlin, Kuwait, Brüssel und Ottowa). Diese Arbeitsphase wurde durch Zuwendungen einer Anzahl von Ländern finanziert [4].

Der erste Brandt-Report war ein entwicklungspolitischer Bestseller (mehr als eine Viertelmillion Kopien). Er wurde in fast alle wichtigen Sprachen (ausser Russisch) übersetzt. Kaum eine andere Veröffentlichung hat die Diskussion über die Hilfe an die Dritte Welt so stimuliert wie diese. Der positive Aspekt verliert auch dann kaum an Gewicht, wenn gleichzeitig zu konstatieren ist, dass neutrale Kritiker auf den sachlichen Gehalt des Berichts fast durchweg skeptisch bis ablehnend reagiert haben. Zu den schärfsten Kritikern gehörte der Nobelpreisträger Friedrich von Hayek, welcher den ersten Bericht sogar als auf *«Ignoranz der tatsächlichen Probleme»* beruhendes *«dummes Geschwätz»* qualifizierte.

Wie es im zweiten Bericht heisst, war *«die unmittelbare Wirkung des (ersten) Berichts begrenzt»*. Ein Brandt gegenüber positiv eingestellter Entwicklungspolitiker, der Vorsitzende des Bonner Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Uwe Holtz (SPD), formulierte das kürzlich so: *«Der Bericht hat nicht die von ihm erhofften Anstösse für ein engeres Zusammengehen aller Staaten der Welt zur Sicherung unserer Zukunft gebracht. Von ihren Vorschlägen für langfristige Reformen der internationalen Wirtschaftsordnung wurde nichts verwirklicht, der grössere Teil ihres Notstandsprogramms bleibt unerledigt. Die Entwicklungshilfeleistungen der wichtigsten Geberländer stagnieren oder gehen gar zurück, und die Möglichkeiten der internationalen Hilfsorganisationen und Finanzinstitute sind erheblich eingeschränkt worden ...»* [5]

Die grossen Abwesenden: China und der Ostblock

Während der Süden und der Norden in der Kommission (recht und schlecht) vertreten waren, hielten sich China und der Ostblock auf Distanz. In der ersten Phase der Kommissionsarbeit, d. h. Ende der siebziger Jahre, gab es noch einen losen Kontakt nach Moskau (u. a. ein Treffen Brandt–Breschnew im Mai 1978). Bezüglich der zweiten Phase hält man es schon für wesentlich, im Bericht zu erwähnen, dass Brandt und Jamal (Finanzminister von Tansania) an einem Treffen der Europäischen Vereinigung der Entwicklungsforschungsinstitute in Budapest teilnahmen und dort Kontakte pflegten. Eher beiläufig und in gedämpftem Ton fordert der zweite Bericht den Ostblock auf, die Hilfe für die Dritte Welt zu erhöhen und den Handel mit ihr zu verstärken, da beide gegenwärtig bescheiden seien. Man konstatiert, dass *«die erstrebenswerten Ziele der Entwicklung der Welt nicht erreicht werden (könnten), wenn ein grosser Teil der industrialisierten Welt auf immer einen eigenen Weg verfolgt»*. Freilich wird auf die dürftige Argumentation der Ostblockländer zur Rechtfertigung ihrer Haltung (z. B. die immer noch gebrauchte Floskel, man sei für das Erbe des Kolonialismus nicht verantwortlich) mit keiner Silbe eingegangen [6].

Treffend stellt Michael Prest in der *«Times»* [7] fest, dass nirgendwo der Wille zur Hilfe für den Süden mehr fehlt als im Ostblock. Der Kommission – welche an den Bretton-Woods-Institutionen, zu denen der Ostblock nichts beiträgt, sehr harte Kritik übt – kann der Vorwurf nicht erspart werden, dass sie zwar das Evangelium von der einen Welt predigt, trotzdem aber in ihrem an die ganze Welt gerichteten Report die Haltung des Ostblocks nicht noch viel prägnanter herausgestellt hat. In vielen Entwicklungsländern herrscht insofern auch heute noch keine volle Klarheit.

Ausweitung der internationalen monetären Liquidität als Heilmittel

Der Bericht konstatiert, dass die drei Jahre seit dem Erscheinen des ersten *«wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten für die Industrieländer mit sich brachten und die meisten Entwicklungsländer nahe an den Rand des Ruins führten»*. Es wird als möglich angesehen, dass *«die internationale Wirtschaftskrise sich 1983 zur Depression entwickeln»* könne mit Massenarbeitslosigkeit in den Ländern des Nordens und der Gefahr wirtschaftlicher Zusammenbrüche in Teilen der Dritten Welt. Hingewiesen wird auf die akute Gefährdung des internationalen Währungssystems und wachsende Unordnung im Welthandel sowie den Rüstungswettlauf.

Massive *zusätzliche Entwicklungsfinanzierung* soll zur Wende beitragen. Brandts zusammenfassende These anlässlich der Präsentation des neuen Berichts: *«Wir brauchen einen Übergang von der Politik der Inflationsbekämpfung zu einer Politik, die eine Depression verhindert.»* Die erweiterte internationale Liquidität soll eine wesentlich verstärkte Entwicklungsfinanzierung möglich machen. In diesem Zusammenhang hat sich Dragoslav Avramovic (Ex-Officio-Mitglied der Kommission, Berater des Unctad-Generalsekretärs) sogar zu einem Vergleich mit dem Marshallplan verstiegen: Eine unter Mitverantwortung der Entwicklungsländer in den Bretton-Woods-Institutionen vorgenommene Liquiditätserweiterung würde ein neues Nord-Süd-Verhältnis zur Folge haben. So wie die Empfängerländer den Marshallplan mitverwaltet hätten, so würde ihr verstärkter Einfluss im Internationalen Währungsfonds (IWF) und in der Weltbank positive Auswirkungen haben [8].

Es ist nicht übertrieben, wenn zu dem Konzept der Ausweitung der monetären Liquidität z. B. in der *«Times»* [9] bemerkt worden ist, die Kommission versuche, Probleme zu lösen *«by simply throwing money at problems»*. Die Vorschläge laufen hinaus auf die Schaffung einer in diesem Ausmass nie dagewesenen internationalen *Inflationsmaschine*.

Harte Kritik am Internationalen Währungsfonds

Bei der Ausweitung der internationalen monetären Liquidität wird besonderer Akzent auf die Aufstockung der Mittel des Internationalen Währungsfonds gelegt. Vor allem sind folgende Massnahmen vorgesehen: Neuzuteilung von *Sonderziehungsrechten; Quotenerhöhungen* um mindestens 100 Prozent; Ausweitung und Vergrösserung der allgemeinen Kreditvereinbarungen; erhöhte *Kreditaufnahme* bei Zentralbanken und auf dem Kapitalmarkt; Ausweitung der kompensatorischen Finanzierungsfazilitäten; Modifikationen in den *Bedingungen* für IWF-Kredite.

Die Vorschläge sind keinesfalls originell. Seit Jahren wird insbesondere über die zusätzliche Zuteilung von Sonderziehungsrechten durch den IWF diskutiert [10]. Die Brandt-Kommission trägt nichts dazu bei, die Befürchtungen über gravierende inflationistische Auswirkungen zu dämpfen.

Eine nüchterne Betrachtung lässt nicht erkennen, inwiefern die Schaffung zusätzlicher Liquidität beim IWF die richtige Antwort auf die gegenwärtigen Probleme der Entwicklungsländer sein kann. Die meisten aktuellen Probleme sind im Gegenteil auf den Überfluss an Liquidität in den letzten Jahren zurückzuführen. Dieser Überfluss hat die Entwicklung in vielen Ländern fehlgeleitet. Den Entwicklungsländern mangelt es weniger an zusätzlicher Liquidität als an Mut zu einem Kurswechsel im Sinne der Anpassung an die Realität. Manche Anzeichen sprechen dafür, dass diese Analyse auch im Sekretariat des IWF weitgehend akzeptiert wird.

Es war daher überraschend, dass sich die 22 Mitglieder des Interimsausschusses des IWF (Finanzminister und Notenbankchefs) in ihrer Sitzung in Washington im Februar 1983 für eine substantielle Liquiditätserweiterung ausgesprochen haben. Diese bedarf freilich noch der Ratifizierung durch die Jahresversammlung des IWF im September d. J. Der Vorschlag des Interimsausschusses beinhaltet eine Anhebung der Quoten um rund 47,5 Prozent. Die Entwicklungsländer hatten eine Quotenverdoppelung verlangt [11]. Durch die in Aussicht genommene Quotenerhöhung würde der Fonds – wie man annimmt – neuen Spielraum zur Erfüllung seiner währungspolitischen Aufgaben gewinnen.

Kritik an Auflagen des IWF

Der Bericht plädiert nicht nur für eine zusätzliche quantitative Ausweitung der monetären Liquidität, sondern fordert auch eine *aufgelockerte Vergabepraxis*. Kennzeichnend für die in der Kommission vorherrschende Grundeinstellung sind die Thesen des Berichts bezüglich des politisch heissen Problems der vom IWF bei seinen Transaktionen gemachten *Auflagen*. Der Bericht macht sich zum Ankläger des IWF, wenn er konstatiert, dass eine *«der wesentlichsten Ursachen der Unzufriedenheit mit den Auflagen des IWF in einigen Ländern»* darin zu sehen sei, dass sich diese Länder zu *«schmerzhaften wirtschaftspolitischen Massnahmen gezwungen»* sähen, *«nur um einen schliesslich vergleichsweise kleinen IWF-Kredit zu erhalten»*. Der IWF werde heute von vielen Ländern *«mit Misstrauen, ja sogar Feindschaft»* betrachtet. Er nähme nicht genug *«Rücksichten auf politische Realitäten»* in Empfängerländern, wobei offenbar auch die Interessen der Machteliten als unberührbare *«Realitäten»* hingenommen werden. Verbal leugnet der Bericht nicht die Notwendigkeit von Auflagen, er fordert aber, dass der IWF *«viel mehr als bisher die tatsächliche Fähigkeit*

eines Landes zur Umstellung seiner Wirtschaft berücksichtigen» müsse. Diese hänge *«erheblich vom Entwicklungsstand»* ab. In diesem Zusammenhang vermerkt der Bericht kritisch, der IWF schenke *Preisanreizen «besondere Bedeutung»*, obwohl *«doch Preisänderungen am Anfang schwach sind und mit Verzögerungen erfolgen»*. Nichts könnte die hinter dem ganzen Bericht stehende superdirigistische Mentalität krasser beleuchten als dieser triviale Kommentar. Eine realistischere Preispolitik gehört in vielen Ländern zu den wichtigsten Einzelpunkten einer Entwicklungsstrategie (insbesondere wenn es sich um die Stimulierung zu einer erhöhten Produktion von Nahrungsmitteln handelt). Auf dem gleichen Niveau liegt es, wenn die Kommission das wichtige Problem realistischer *Wechselkurse* herunterzuspielen versucht und den IWF kritisiert, weil er in manchen Entwicklungsländern auf Anpassung dringt.

Sanftere Haltung gegenüber der Weltbank

Die Weltbank (einschliesslich der IDA – International Development Association), deren früherer Präsident Robert McNamara die Bildung der Kommission angeregt hatte, kommt im Brandt-Bericht weniger schlecht weg als der IWF. Die Kommission fordert Stärkung der *Liquidität* der Bank. Dabei wird nicht nur für verstärkte Mittel zugunsten von IDA (d. h. dem *«Schalter»* der Bank für Kredite zu weichsten Bedingungen) plädiert, sondern auch für eine substantielle Ausweitung der Kreditmöglichkeiten der Weltbank.

Anstoss nimmt die Kommission daran, dass die Weltbank *«übertriebene Hoffnung in die Möglichkeiten schneller Veränderungen durch die Freisetzung der Marktkräfte»* setzt und gelegentlich bei ihren Operationen entsprechende Auflagen macht. Der Bericht erinnert die Bank daran, dass sie die Wirtschaftssysteme ihrer Mitglieder zu respektieren habe. Der Dialog mit den Mitgliedsländern dürfe nicht in die *«Aufdrängung fremder Ansichten»* ausarten.

Die von den USA (auf Grund einer Untersuchung des Washingtoner Finanzministeriums) zur Debatte gestellte Forderung, die *«weichen»*, praktisch fast zinsfreien Kreditfazilitäten der IDA künftig nicht mehr Entwicklungsländern mit mittlerem Einkommen zugute kommen zu lassen, wird vom Brandt-Bericht kategorisch abgelehnt. Länder wie z. B. China und Indien, die nicht mehr als Niedrigeinkommen-Länder eingestuft seien, würden nach dem US-Vorschlag nicht mehr für Unterstützung durch IDA in Betracht kommen. Die Kommission meint: *«Eine grössere IDA ist erforderlich, um die zusätzlichen Ansprüche zu befriedigen.»* Auch die Kreditbedingungen sollten nicht härter werden.

Festhalten am «Weltentwicklungsfonds»

Die Kommission beharrt auf ihrem schon im ersten Bericht gemachten, unausgegorenen Vorschlag eines *Weltentwicklungsfonds* mit universaler Mitgliedschaft. Am Entscheidungsprozess in diesem Fonds sollen Kreditnehmer und -geber gleichberechtigt teilnehmen. Er solle das Ziel haben, *«die ungedeckten Bedürfnisse in der Finanzierungsstruktur zu decken»* (so der erste Bericht). Für die Finanzierung des Fonds sollen auch Mittel verwendet werden, welche *«auf universaler und automatischer Grundlage erhoben werden»*.

Es wird gefordert, dass die Frage der Errichtung dieses Fonds einen festen Platz auf der Tagesordnung der von der Kommission befürworteten Globalverhandlungen haben müsse.

Gegen den Protektionismus

Beifall verdienen die Empfehlungen des Berichts zum Stichwort *Handel*. Treffend wird plädiert für *«eine erneute Verpflichtung zu den Grundsätzen eines offenen, nach vereinbarten Regeln funktionierenden Handelssystems und eine Zusicherung, sich allen Forderungen nach Protektionismus bei der Formulierung und Anwendung nationaler Handelspolitiken und -gesetzen zu widersetzen»*. Entwicklungspolitisch relevant und berechtigt ist auch die Forderung auf baldige Beseitigung aller Schranken, die in Industrieländern die Einfuhren *tropischer Erzeugnisse* behindern. Das gleiche gilt für die Forderung, ein Programm aufzustellen, *«nach dem die Tarifeskalation bei be- und verarbeiteten Rohstoffen ganz abgebaut ist»*.

Drastisch werden *«die Folgen und perversen Effekte des Protektionismus»* dargelegt. Ein Patentrezept dafür, wie weiter zunehmender Protektionismus in der Praxis verhindert werden kann, wird freilich nicht geboten. Zusammenfassend: *«Niemand erwartet, dass der Protektionismus in naher Zukunft einfach verschwindet. Aber es ist möglich, ihn durchsichtiger und vorhersehbarer zu machen und seine Folgen einzuschränken.»*

Welternährung und Nahrungsmittelhilfe

Zutreffend geht der Bericht von der Erkenntnis aus, dass das Hungerproblem weitgehend ein *Einkommensproblem* (d. h. ein Kaufkraftproblem) ist und dass es daher auf das Vorantreiben der Gesamtentwicklung ankomme. Bezeichnend für die in der Kommission vorherrschende Philosophie ist es, dass auch in diesem Zusammenhang Abhilfe in erster Linie von internationalen Massnahmen und erst an zweiter Stelle von den *Selbstanstrengungen* der Entwicklungsländer erwartet wird.

Ausgehend von der heute überall anerkannten These, wonach die Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern selbst gesteigert werden muss, spricht sich der Bericht für *nationale Ernährungsstrategien* aus. Auf die diesbezüglichen verdienstvollen Vorarbeiten und Konzepte des Uno-Welternährungsrats wird allerdings nicht hingewiesen.

Bezüglich der *Nahrungsmittelhilfe* meint der Bericht, dass diese Frage *«zu einem ärgerlichen Thema»* geworden sei. Obwohl anerkannt wird, dass *«ein Teil der Kritik berechtigt»* sei, plädiert der Bericht für *«ein neues und viel höheres Ziel»* für das Volumen der Nahrungsmittelhilfe. Mit der anhaltenden ernsten Kritik an dieser Form von Hilfe setzt sich der Bericht nicht auseinander. Die Agrar-Lobby der Überschussländer darf dankbar sein.

Die Naivität, mit welcher der Bericht das Problem der Nahrungsmittelhilfe behandelt, wird durch den Schlusssatz des einschlägigen Kapitels gekennzeichnet: *«Schliesslich fordern wir Geber und Empfänger dieser Hilfe auf, Fehler in der Verwendung, falls sie in der Vergangenheit aufgetreten sind, künftig zu vermeiden, zumal in Anbetracht anderer positiver Erfahrungen.»*

Der im Bericht fast überall erkennbare Dilettantismus wird auch in den Ausführungen über den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung *(IFAD)* deutlich. Diesem nach dem Giesskannenprinzip arbeitenden rund Zwei-Milliarden-Dollar-Fonds, welcher anhaltender scharfer Kritik ausgesetzt ist, zumal seine Existenzberechtigung problematisch ist, bescheinigt die Kommission, dass er *«insgesamt gut gearbeitet»* habe. Tatsache ist, dass seit der Errichtung des IFAD Ende 1977 des Sekretariat nicht in der Lage war, auch nur über ein einziges der genehmigten etwa 120 Projekte in über 70 Ländern eine unabhängige Schluss- oder Zwischenevaluierung vorzulegen. Dabei sind etwa 50 Projekte seit mehr als zwei Jahren *in Durchführung»*. Abwehrend hiess es im letzten IFAD-Jahresbericht: *«Es ist daher viel zu früh, um in abschliessender Weise die Wirkung der Projekte zu beurteilen.»* Auf die Möglichkeit einer *Zwischenevaluierung* wird gar nicht eingegangen. Für den neutralen Beobachter hat IFAD bisher nicht bewiesen, dass es über bessere Konzepte als die schon vorher bestehenden Institutionen (z. B. Weltbank, IDA und die Regionalbanken) verfügt, um den Ärmsten der Armen in den ländlichen Gebieten der Dritten Welt nachhaltig zu helfen.

Für eine neue Energieagentur

Für die Gründung einer *«neuen Energieagentur zur Erhöhung der Energieerzeugung in den Entwicklungsländern»* spricht sich die Kommission aus.

Nach Möglichkeit soll diese Institution der Weltbank affiliiert werden. Gleichzeitig wird an dem früheren Vorschlag zur Schaffung eines *Energieforschungszentrums* festgehalten (im Rahmen der Energieagentur oder separat).

Nach Auffassung des Reports darf die Schaffung der Agentur nicht am Widerstand der USA und/oder der UdSSR scheitern. Die Kommission findet *«die US-Position rätselhaft»*, ohne zu dem Problem neue Argumente vorzubringen.

Die im Bericht angestellten Erwägungen über eine *«langfristige Stabilisierung auf den Erdölmärkten»* muten utopisch an. Das gilt z.B. für die Anregung, dass die Verbraucher und Produzenten eine Vereinbarung bezüglich *«Zusicherungen über künftige Versorgung und Preise»* treffen. Völlig unrealistisch ist es, wenn es dazu im Bericht heisst: *«Als Gegenleistung für diese Zusicherungen müssten die wichtigsten Verbraucherländer den Produzenten den Wert ihrer Guthaben und Überschusseinnahmen garantieren.»* Wie sollte diese *«Gegenleistung»* in der Praxis konkret formuliert und verwirklicht werden?

Weitere internationale Verhandlungen über Nord-Süd-Probleme

Der zweite Bericht befasst sich eingehend mit dem internationalen Verhandlungsprozess über die Nord-Süd-Probleme. Er plädiert nachdrücklich für den *«möglichst baldigen Beginn der Globalverhandlungen»*, welche Willy Brandt im Vorwort wie folgt definiert: *«Oberbegriff für das ehrgeizige Vorhaben, sämtliche Nord-Süd-Fragen unter Beteiligung aller Staaten und in Zusammenarbeit mit den zuständigen internationalen Organisationen zu erörtern.»* Das Ziel der Verhandlungen ist *«eine umfassende Verständigung»*.

Beträchtliche Hoffnungen setzt der Bericht auf die im Juni d.J. stattfindende Mammutkonferenz von *Unctad* in Belgrad. Er empfiehlt auch einen *«Rückgriff auf Gipfeltreffen, um den Verhandlungen politisch Antrieb zu geben»*. In Belgrad und anderswo käme es nach Ansicht der Kommission darauf an, dass *«einige führende Staatsmänner»* intervenierten: *«Viel kann erreicht werden durch kühne Initiativen einiger weniger Leute.»*

Wegen ihres Realismus bemerkenswert sind einige Äusserungen über Nord-Süd-Konferenzen, welche das Kommissionsmitglied Shridat Ramphal (Guyana), Generalsekretär der Organisation des Commonwealth, bei der Vorstellung des Berichts in Bonn gemacht hat: die Entwicklungsländer sollten in solchen Konferenzen aufhören, ultimative Forderungen statt verhandlungsfähiger Vorschläge einzubringen. Es wäre besser, wenn sie die Forderungen nicht in hochgeschraubten Grundsatzerklärungen verpacken

würden. Ramphal bezeichnete es auch als opportun, wenn die Entwicklungsländer den Versuch machten, die Industrieländer – gegebenenfalls in repräsentativen kleinen Gruppen – zu überzeugen, statt sie zu überstimmen.

Für Globalverhandlungen ist das Prinzip *«One Nation / One Vote»* nicht geeignet. Wie Willy Brandt einmal erklärte, kommt dieses Prinzip für ernsthafte materielle Verhandlungen nicht in Betracht, *«weil es ebensowenig den Grundsatz gleichberechtigter und gleich starker Partnerschaft bei Verhandlungen verwirklicht wie frühere Verhandlungsformen, welche die Entwicklungsstaaten zu Bittstellern degradierten. Seine Durchsetzung würde wirkungslose Papierbeschlüsse zum Ergebnis haben und zugleich den zahlenmässig in die Minderheit gedrängten Industriestaaten das Gefühl geben, sie sollten nach dem Willen der übrigen enteignet werden.»* [12]

Tabuisierung der Grundprobleme

Der Haupteinwand gegen den zweiten Brandt-Report ist identisch mit dem gegen den ersten: beide sind den eigentlichen entwicklungspolitischen Problemen ausgewichen, welche sich aus der inneren Ordnung (wirtschaftlich, sozial und kulturell im weitesten Sinn) in den Entwicklungsländern ergeben.

Die Kritik gebrauchte in diesem Zusammenhang die Stichworte *«Ausklammerung»* [13] und *«Tabuisierung»* [14]. Die Kommission hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, auch nur annähernd zu definieren, was sie unter *«Entwicklung»* versteht. Wollen die Entwicklungsländer sein wie wir, und haben, was wir haben, *oder* wollen sie nicht sein wie wir, aber haben, was wir haben [15]?

Ein Gremium wie die Nord-Süd-Kommission, in welchem sowohl der Norden als auch der Süden hochrangig (wenn auch überwiegend ohne entwicklungspolitische Erfahrung) vertreten waren, hätte gerade dem komplexen Problem der *inneren Entwicklungshemmnisse* mindestens die gleiche Aufmerksamkeit widmen müssen wie der Frage des internationalen Entwicklungsumfelds (insbesondere der des Volumens der äusseren Ressourcen).

Es entspricht nicht den Realitäten dieser Welt, wenn die Kommission erklärt, dass der Fortschritt des Südens *«ebensosehr von vernünftiger eigener Wirtschaftspolitik abhängt wie von internationalen Massnahmen»* [16]. Das Wort *«ebensosehr»* demonstriert die exorbitante Überschätzung, welche die Kommission den äusseren Ressourcen beimisst.

Die Kommission distanziert sich im zweiten Report nicht von einer im ersten vertretenen, vielzitierten These: *«Der Annahme unserer Vorschläge stehen politische Zwänge entgegen, die aus etablierten Interessen und aus*

dem Ausmass der Armut selbst entstehen ...» [17] Trotz Aufrechterhaltung dieser These blieb die Kommission wiederum an der Oberfläche der Problematik. Es sind nicht einmal Ansatzpunkte dafür zu erkennen, wie in ihrer Sicht die inneren Entwicklungshemmnisse abgebaut werden können und wie zu verhindern ist, dass äussere Hilfe weiterhin vorwiegend zu einer *Zementierung* des *Status quo,* ja, zu einem weiteren Ausbau des Macht- und Einflussbereichs der etablierten Interessen beiträgt. Es hat sich heute herumgesprochen, dass der grösste Teil der bisher geleisteten Entwicklungshilfe den Oberschichten einschliesslich der Bürokratie und höchstens noch den Mittelschichten Nutzen brachte, d. h. den gleichen Gruppen, welche durch die von ihnen kontrollierten Regierungen eine massive Erhöhung des äusseren Ressourcenvolumens verlangen. Völlig unbeantwortet ist eine andere Kernfrage, nämlich die, wie sichergestellt werden kann, dass die äussere Hilfe wenigstens zu einem substantiellen Teil auch den Armen zugute kommt.

Beide Berichte vermeiden es klarzustellen, dass auch die grösste Erhöhung des äusseren Ressourcenvolumens in vielen Ländern nicht ausreichen würde, um ernste interne *Entwicklungshemmnisse* zu beseitigen. G. A. Sonnenhol verdient Zustimmung, wenn er konstatiert [18]: *«Selbst wenn alle Forderungen erfüllt und alle Ressourcen der Industrieländer in zwanzig Jahren unter die Dritte Welt verteilt würden, wäre dies nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Wir können die Probleme dieser, der Dritten Welt nicht lösen. Entweder sie löst sie selbst – und wir sollten ihr nach Kräften dabei helfen – oder die Katastrophe ist unvermeidbar.»*

Aller Erfahrung zum Trotz wird in den Brandt-Berichten auch ignoriert, dass in vielen Fällen bereits beim gegenwärtigen Volumen der Hilfe zahlreiche Beispiele zu verzeichnen sind, in welchen die gewährte Hilfe sogar mehr Schaden als Nutzen gebracht und kaum dazu beigetragen hat, die Deckung der wichtigsten Grundbedürfnisse der Ärmsten zu sichern.

Es sei in diesem Zusammenhang an Thesen des früheren Vorsitzenden des Entwicklungsausschusses der OECD und derzeitigen Direktors des Uno-Welternährungsrats, Maurice Williams (USA), erinnert: Danach lehrt die Geschichte der alten – kapitalistischen und sozialistischen – Industrieländer, dass wirtschaftlicher Fortschritt in erster Linie das Ergebnis *interner Reformen* und *nationaler Massnahmen* war, welche die kreativen Energien ihrer Völker mobilisierten. Auch die Entwicklungsländer müssen ihr Schicksal selbst gestalten, und *«keine – wie immer ausgestaltete – internationale Wirtschaftordnung kann nationale Aktionen und Reformen ersetzen. Die innere Ordnung fordert Opfer und Investitionen sowie Hingebung und Mühe, um wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu erreichen.»*

Die Brandt-Berichte ignorieren – ja sie verdrängen – diese ganze Problematik. Sie unterstützen damit die Alibi-Bemühungen der Regierungen vieler Entwicklungsländer, welche Eigenanstrengungen immer wieder mit dem Argument hinausschieben, sie brauchten erst zusätzliche äussere Ressourcen, um mit Reformen beginnen zu können.

[1] Das Überleben sichern – Bericht der Nord-Süd-Kommission, Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln 1980, 382 S. – [2] Der im Herbst 1977 – entsprechend einer Anregung des damaligen Weltbankpräsidenten Robert McNamara – gebildeten Kommission gehören über 20 hochrangige Persönlichkeiten aus dem Norden und dem Süden an. An ihrer Zusammensetzung hat sich wenig geändert. – [3] Hilfe in der Weltkrise – Ein Sofortprogramm. Der zweite Bericht der Nord-Süd-Kommission. Herausgegeben und eingeleitet von Willy Brandt, Rororo aktuell 1983, 172 S. Der Titel der englischen Fassung lautet treffender: Common Crisis, North-South Cooperation for world recovery (Pan Books Ltd. London). – [4] Ungebundene Zuwendungen machten Dänemark, Grossbritannien, die Niederlande, Norwegen und Schweden. Deutschland, Kanada, Kuwait sowie die EG finanzierten die Treffen der Kommissionsmitglieder. – [5] Sozialdemokratischer Pressedienst, 21. Dezember 1982. – [6] Der erste Brandt-Report wurde ins Rumänische übersetzt. In China veröffentlichte die Regierung im Jahre 1981 eine Übersetzung. Eine polnische Übersetzung ist vorgesehen. – [7] Michael Prest, Will Brandt's new plan go the way of the first?, The Times, 12. Februar 1983. – [8] Avramovic im Inter Press Service Nr. 707 vom 15. Februar 1983. Warum das Konzept des Marshallplans so erfolgreich war, erwähnt Avramovic nicht: In den europäischen Empfängerländern waren das Management und die komplementären Produktionsfaktoren in Gestalt ausgebildeter Menschen vorhanden. Siehe Emil Küng, Der arme Süden und der reiche Norden. Ein Marshallplan für die Dritte Welt, Stuttgart 1981. Vgl. auch die Rezension in Neue Zürcher Zeitung 1982/43. – [9] Siehe den in Fussnote 7 zitierten Artikel. Besonders lesenswert ferner: Michael Beenstock, The gloomy economics of Willy Brandt, Financial Times, 2. März 1983. – [10] Siehe das in Fussnote 8 zitierte Buch von Küng. – [11] Die Sonderziehungsrechte (SZR) sollen von rund 61,03 Mrd. (= ca. 66,8 Mrd. US $) auf rund 90 Mrd. (= ca. 98,5 Mrd. US $) erhöht werden. In diesem Zusammenhang ist eine andere, kürzlich in Paris getroffene Entscheidung der zehn wichtigsten westlichen Finanzminister und Notenbankchefs sowie des Chefs der Schweizer Nationalbank zu sehen, die sogenannten «Allgemeinen Kreditvereinbarungen», welche bisher nur diesem engen Kreis zugute kommen, von 6,4 Mrd. SZR auf 17 Mrd. SZR (etwa 19 Mrd. US $) zu erweitern und die Mittel dem Fonds unter bestimmten Voraussetzungen auch zugunsten anderer IWF-Mitglieder zugänglich zu machen. – [12] Willy Brandt auf einer von der toskanischen Regionalregierung in Florenz veranstalteten wissenschaftlichen Konferenz im Oktober 1981. Siehe Frankfurter Rundschau, 20. Oktober 1981. Vgl. auch O. Matzke, Ein Land – eine Stimme, Neue Zürcher Zeitung Nr. 12/82. – [13] Gustav Adolf Sonnenhol, Die unbewältigte Zukunft der Dritten Welt, Merkur, Februar 1982. – [14] O. Matzke, Was bedeutet der Brandt-Report? – Tabuisierung der Grundprobleme, Neue Zürcher Zeitung, 1981/95. – [15] Siehe Sonnenhol, a.a.O. S. 109. Sonnenhol zieht noch eine dritte Möglichkeit in Betracht, nämlich dass die Entwicklungsländer weder das eine noch das andere wollen. – [16] Siehe S. 142 in dem in Fussnote 3 zitierten Band. – [17] Siehe S. 162 in dem in Fussnote 1 zitierten Band. – [18] A.a.O. S. 110 f.